

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen  
für Wirtschaft und Abgaben  
CH-3003 Bern  
Tel. 031 322 00 47  
Fax 031 322 83 55  
www.parlament.ch  
wak.cer@parl.admin.ch

## **Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates während der 48. Legislaturperiode, 2007 - 2011**

### **1 Auftrag**

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 und späteren Änderungen wurden der WAK folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Volks- / Betriebswirtschaft
- Arbeit (WAK-N: inklusive Arbeitslosenversicherung)
- Arbeitgeber / Gewerkschaften
- Banken / Geld / Kredit / Währung
- Konjunktur
- Wettbewerb / Kartelle
- Zoll
- Preise
- Konsum
- Industrie / Gewerbe
- Handel / Dienstleistungen
- Privatversicherungen
- Exportrisikogarantie
- Regionale Entwicklung
- Finanzen
- Steuern (WAK-N: inklusive Doppelbesteuerungsabkommen)
- Landwirtschaft
- WAK-S: WTO-Geschäfte und Freihandelsabkommen

## 2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2011

### 21 Statistischer Überblick

Die WAK-N hat insgesamt 120 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	<b>Geschäftstyp</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Verhältniszahlen</b>
a.	Volksinitiativen	4	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	62	
c.	Berichte des Bundesrates	17	
d.	Mitberichte	3	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	10	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	80	<i>20 Folge gegeben                      53 keine Folge gegeben                      5 behandelt, dann zurückgezogen</i>

			<i>2 behandelt, dann sistiert</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	5	<i>4 angenommen 1 abgelehnt</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	24	<i>18 keine Folge gegeben 5 Folge gegeben 1 behandelt, dann sistiert</i>
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. / Kt. lv. 2. Phase, Komm. lv.)	10	<i>6 Angenommen 4 Abgeschrieben</i>
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	4	<i>4 angenommen</i>
k.	Kommissionsvorstösse	20	<i>17 Motionen 3 Postulate</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	36	<i>19 angenommen 7 geändert 10 abgelehnt</i>
m.	Petitionen	8	<i>8 keine Folge gegeben</i>
n.	Interne Geschäfte	26	
o.	Spezialfälle	--	
	<b>Total</b>	<b>309</b>	

Im Vergleich zur Legislatur 2003-2007 ist die Geschäftslast der WAK-N um rund 40 Prozent gestiegen (Legislatur 2003-2007: 218), was zweifelsohne auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen ist.

## 22 Erlassentwürfe des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

- 04.074s Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen. Bundesgesetz
- 06.085s Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige. Bundesgesetz
- 06.103n Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungsverfahren. Bundesgesetz
- 07.053n Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung. Änderung
- 07.054n Tunnelgebühren beim Grossen St. Bernhard. Nichterhebung der Mehrwertsteuer
- 07.068s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Südafrika
- 07.090s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Argentinien
- 07.091n Direktversicherung. Abkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein
- 08.010n Patentgesetz. Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht
- 08.019sn Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2007. Bericht
- 08.044s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Kolumbien
- 08.053n Vereinfachung der Mehrwertsteuer – Vorlage A
- 08.053n Vereinfachung der Mehrwertsteuer – Vorlage B
- 08.054s Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse
- 08.055s Produktesicherheitsgesetz
- 08.059sn Doppelbesteuerung. Abkommen mit Grossbritannien und Nordirland
- 08.062s Arbeitslosenversicherungsgesetz. 4. Revision
- 08.075s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Chile
- 08.076 Bankengesetz. Änderung
- 09.012s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Bangladesch
- 09.013ns 2. Stufe konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen, Voranschlag 2009. Nachtrag Ia; weitere Massnahmen
- 09.017ns Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2008. Bericht
- 09.022n Landwirtschaftsgesetz. Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen
- 09.026sn Doppelbesteuerung. Abkommen mit Frankreich
- 09.027s Doppelbesteuerung. Abkommen mit der Türkei
- 09.028s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Ghana
- 09.031s Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative). Volksinitiative
- 09.032n Kalte Progression bei der direkten Bundessteuer. Ausgleich der Folgen

- 09.045s Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern. Bundesgesetz
- 09.062sn Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen III.
- 09.074 Bauspar-Initiative sowie Eigene vier Wände dank Bausparen. Volksinitiativen
- 09.091s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Grossbritannien und Nordirland
- 09.092s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Mexiko
- 09.093s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Dänemark
- 09.094s Doppelbesteuerung. Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika
- 10.012s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Österreich
- 10.013s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Norwegen
- 10.014s Doppelbesteuerung. Abkommen mit der Republik Finnland
- 10.015s Doppelbesteuerung. Abkommen mit dem Grossherzogtum Luxemburg
- 10.016s Doppelbesteuerung. Abkommen mit Katar
- 10.037n Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen. Bundesgesetz
- 10.038sn Amtshilfegesuch der USA betreffend UBS AG. Abkommen
- 10.049s Bundesgesetz über Banken und Sparkassen (Sicherung der Einlagen). Änderung.
- 10.049s Bundesgesetz über Banken und Sparkassen. Änderung. Vorlage 3 (Nachrichtenlose Vermögenswerte)
- 10.050sn Begrenzung volkswirtschaftlicher Risiken durch Grossunternehmen. Planung von Massnahmen
- 10.057 6 Wochen Ferien für alle. Volksinitiative
- 10.060s Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative. Vorlage 2
- 10.064n Finanzielle Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2012 und 2013
- 10.066n Steuern vom Einkommen und Vermögen. Vermeidung der Doppelbesteuerung
- 10.068n Doppelbesteuerung. Abkommen mit den Niederlanden
- 10.069n Doppelbesteuerung. Abkommen mit der Türkei
- 10.070n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Tadschikistan
- 10.071n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Japan
- 10.072n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Georgien
- 10.073n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Polen
- 10.101n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Indien
- 10.102n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Deutschland
- 10.103n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Kasachstan
- 10.104n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Kanada
- 10.105n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Uruguay
- 10.106n Doppelbesteuerung. Abkommen mit Griechenland

- 11.013n Nachrichtenlose Vermögenswerte. Bericht über Abschreibung hängiger Vorstösse
- 11.019n Standortförderung 2012-2015
- 11.028s Bankengesetz. Änderung (too big to fail)
- 11.044 Steueramtshilfegesetz

*Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft, des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista.*

Da die Vorlagen 08.054 (Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse) und 08.055 (Produktesicherheitsgesetz) den Schwerpunkt der Sondersession des Nationalrates vom April 2009 bildeten, konnten sie bereits in der Sommersession 2009 verabschiedet werden. Diese rasche Behandlung wurde allseits gewünscht, weil man sich positive Auswirkungen auf die Wirtschaftslage erhoffte.

Das Geschäft 08.053n (Vereinfachung der Mehrwertsteuer – Vorlage A [Totalrevision des Gesetzes]) wurde in der Frühjahrssession 2009 zum ersten Mal vom Nationalrat behandelt, der Ständerat als Zweitrat befasste sich in der Sommersession 2009 erstmals mit der Vorlage. Noch in der gleichen Session nahm die WAK-N die Bereinigung der zahlreichen Differenzen vor, bevor das Geschäft nochmals in den Ständerat kam und in der Schlussabstimmung schliesslich angenommen wurde. Mit dieser raschen Behandlung sollte ein Inkrafttreten auf den 1. Januar 2010 ermöglicht werden, um so einen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft zu leisten.

Folgende Revisionen konnten dank einer Differenzbereinigung ausschliesslich während der Session (und nicht wie üblich im Rahmen der ordentlichen Kommissionssitzungen zwischen den Sessionen) ebenfalls verabschiedet werden:

- 08.010n Patentgesetz. Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht
- 08.054s Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse
- 09.045s Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern
- 11.019 Standortförderung 2012-2015
- 11.028 Bankengesetz. Änderung (too big to fail)

Des Weiteren musste die Kommission mehrere Geschäfte im beschleunigten Verfahren behandeln. Dabei handelte es sich stets um Vorlagen des Bundesrates im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise:

- 08.076sn Bankengesetz. Änderung
- 09.013 Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen II

- 09.062sn Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen III
- 10.038sn Amtshilfegesuch der USA betreffend UBS AG. Abkommen

Zu einigen Gesetzesrevisionen wurde eine Einigungskonferenz einberufen. Dazu zählen folgende Vorlagen:

- 08.054s Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse
- 09.032n Kalte Progression bei der direkten Bundessteuer. Ausgleich der Folgen
- 09.062snKonjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen III
- 09.074 Bauspar-Initiative sowie Eigene vier Wände dank Bausparen. Volksinitiativen
- 10.038sn Amtshilfegesuch der USA betreffend UBS AG. Abkommen
- 11.028 Bankengesetz. Änderung (too big to fail)

Das Geschäft 09.062 musste nicht nur im beschleunigten Verfahren innerhalb einer Session behandelt werden, sondern erforderte auch die Einberufung einer Einigungskonferenz, weil die Differenzen zwischen den beiden Räten nicht bereinigt werden konnten. Bei den Bauspar-Initiativen (09.074) fand der Antrag der Einigungskonferenz nicht die Zustimmung der beiden Räte, so dass die beiden Initiativen Volk und Ständen ohne Empfehlung des Parlaments zur Abstimmung unterbreitet werden.

Eine letzte Bemerkung betrifft das Geschäft 10.066 (Steuern vom Einkommen und Vermögen. Vermeidung der Doppelbesteuerung). Zum ersten Mal gibt ein Gesetz einer Kommission die Kompetenz, ihre definitive Zustimmung zu einem Doppelbesteuerungsabkommen zu geben, welches mit einem nicht offiziell anerkannten Staat abgeschlossen wurde.

## 23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die wichtigsten Vorlagen, welche die WAK-N ausgearbeitet hat:

- 04.430 Pa.Iv. Maitre. Regulierung der Bücherpreise
- 04.450 Pa.Iv Hegetschweiler. Ersatzbeschaffung Wohneigentum. Förderung der beruflichen Mobilität
- 06.468 Pa.Iv Hegetschweiler. Versicherungsdeckung. Lücke beim Tod des Eigentümers.
- 09.462 Pa.Iv. Lüscher. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops
- 09.510 Pa.Iv. Bigger. Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz
- 11.467 Pa.Iv. WAK-N. Avig. Rahmenfrist und Mindestbeitragszeit für über 55-Jährige

*Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft, des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).*

Die Pa.Iv. 04.430 war vermutlich die wichtigste und komplizierteste Kommissionsvorlage. Für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs benötigte sie mehr als drei Jahre. Grund dafür sind wohl die Komplexität der Materie und der Widerstand einer starken Kommissionsminderheit sowie des Bundesrates gegen die Vorlage.

Bei der Pa.Iv. 06.468 verzichtete die Kommission auf ein Vernehmlassungsverfahren, weil es sich nur um eine geringfügige und unumstrittene Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes handelte. Ebenfalls keine Vernehmlassung durchgeführt hat die WAK-N bei der Pa.Iv. 11.467, dies weil die Gesetzesänderung rasch erfolgen musste, um die Situation der Versicherten zu verbessern.

## 24 Erlassentwürfe des andern Rates

Die Kommission prüfte folgende Erlassentwürfe aus dem Ständerat:

- 09.434s Pa.Iv. WAK-SR. Stempelabgaben
- [09.454s](#) Pa. Iv. WAK-SR. Änderung des Bundesbeschlusses über die Zusatzfinanzierung der IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze.
- 09.456s Pa.Iv. Niederberger. Vereinfachungen bei der Besteuerung von Lotteriegewinnen
- 10.459s Pa.Iv. WAK-SR. Indirekter Gegenentwurf zu den Volksinitiativen "Eigene vier Wände dank Bausparen" und "Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)"

Da Geschäft 09.454 war in zweierlei Hinsicht besonders: Zum einen sollte damit die Inkraftsetzung der Verfassungsrevision nur wenige Monate vor der Volksabstimmung verschoben werden, zum anderen lagen zwischen der Einreichung der Kommissionsinitiative durch die WAK-SR und der Schlussabstimmung der Räte weniger als 50 Stunden, was zweifelsohne einen absoluten Rekord darstellt.

## **25 Vorprüfungen**

Von den zu prüfenden parlamentarischen Initiativen gab die Kommission deren 20 Folge und lehnte deren 53 ab. Besonders zurückhaltend zeigte sich die Kommission gegenüber den Standesinitiativen, von denen sie 18 ablehnte und nur 5 annahm. Es sollte allerdings nicht ausser Acht gelassen werden, dass manche Initiativen nur aus einem formalen Grund abgelehnt wurden, nämlich weil der Bundesrat bereits einen Gesetzesentwurf zum gleichen Thema vorgelegt hatte. Zudem folgte der Nationalrat bei mehreren parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen (08.457, 09.515, 10.467, 08.301, 08.302, 08.307, 08.308, 08.320, 08.326, 09.311) nicht dem Antrag seiner Kommission und gab den Initiativen Folge.

Ferner reichte die Kommission drei Kommissionsinitiativen ein. Da die ständerätliche Kommission der pa. Iv. 08.498 (Ungerechtfertigte Strompreiserhöhung) nicht zustimmte, war die Initiative gar Gegenstand eines Differenzbereinigungsverfahrens zwischen den Räten (mit dem Beschluss des Ständerates, ihr keine Folge zu geben, wurde sie endgültig abgelehnt). Die zweite Initiative (Heimliche Verdreifachung der Vermögenssteuer für Inhaber von KMU [08.499]) wurde von der Kommission zurückgezogen, bevor die WAK-SR dazu Stellung genommen hatte. Die dritte Initiative (11.467) bildete die Grundlage für einen Gesetzesentwurf.

Die Initiative 08.452 (Sofortiger Ausgleich der kalten Progression. Mehr Geld im Portemonnaie) führte ebenfalls zu Differenzen zwischen den beiden Kommissionen. Mit dem Beschluss des Ständerates, ihr keine Folge zu geben, wurde die Initiative endgültig abgelehnt.

Von den fünf Initiativen, denen die WAK-S Folge gegeben hatte, gab die Kommission deren vier grünes Licht, eine lehnte sie ab.

## **26 Vorstösse**

Die Kommission reichte 17 Motionen und 3 Postulate ein, die meisten in Zusammenhang mit der Prüfung bundesrätlicher Vorlagen.

Die meisten der Motionen aus dem Ständerat wurden von der Kommission angenommen oder abgeändert (19 wurden angenommen, 7 abgeändert und 10 abgelehnt).

## **27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination**

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die WAK-N im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

Sie führte in diesem Rahmen ungewöhnlich viele Anhörungen durch, zahlreiche davon in Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Anhörungen wurden aufgrund von neuen Entwicklungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise oft im letzten Moment beschlossen (z. B. einen Tag zuvor).

- ***Aussprachen mit den zuständigen Departementsvorstehern / Seminare / Anhörungen***

- 21. Februar 2008  
Teilnahme von Mitgliedern der WAK-N am OECD-Seminar in Paris: high-level parliamentary seminar on recent financial trends and issues

- 25. Februar 2008  
Aktuelle Fragen zur Bankenaufsicht – Anhörung mit

- Thomas Jordan, Mitglied des Direktoriums der Nationalbank
- Jan-Egbert Sturm, Institutsleiter der Konjunkturforschungsstelle (KOF) ETH Zürich
- Marco Netzer, Präsident des Verwaltungsrates des AHV-Fonds, c/o Banque Cramer
- Monica Mächler-Erne, Direktorin, Bundesamt für Privatversicherungen,

- 15. April 2008  
Aktuelle Fragen zur Bankenaufsicht – Anhörung weiteres Vorgehen mit Vertretern der Eidgenössischen Bankenkommission

- 16. Mai 2008  
Aussprache mit dem Vorsteher des EFD  
Aktuelle Fragen zur Bankenaufsicht

- 25. und 26. August 2008  
Mehrwertsteuerreform 08.053 – Anhörung mit

**Modul „Gesetzgebung“**

- Christian Wanner, Regierungsrat, Präsident Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren  
*begleitet von:* Andreas Huber-Schlatter, Dr. rer. publ. HSG, Sekretär Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und –direktoren, Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, 3000 Bern 7
- Pierre-Marie Glauser, avocat et expert-fiscal diplômé, Oberson & Associés
- Diego Clavadetscher, Fürsprecher, dipl. Steuerexperte, Clavadetscher + Partner
- Béatrice Blum, Rechtsanwältin, Ernst & Young AG
- Marco Taddei, SGV-Vizedirektor, Schweiz. Gewerbeverband
- Daniel Lampart, stv. Leiter des Sekretariats, Gewerkschaftsbund SGB
- Rudolf Wydler, Controller, AMAG Automobil und Motoren AG
- Urs Habermacher, Finanzchef Ammann Gruppe, Ammann Schweiz AG

**Modul „Einheitssatz / Ausnahmen“**

- Frank Bodmer, selbständiger Oekonom und Privatdozent Uni Basel
- Rudolf Strahm, Preisüberwacher, GS-EVD
- Jean-Pierre Ghelfi, Economiste, Président du Conseil d'administration de la BCN, Banque Cantonale Neuchâteloise

- Conseiller d'Etat Pierre-Yves Maillard, Président de la CDS ainsi que chef du département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud
  - Regierungsrat Carlo Conti, Vizepräsident der GDK sowie Gesundheitsdirektor des Kantons Basel-Stadt
  - Jacques de Haller, Präsident FMH Verbindung der Schweizer Aerztinnen und Aerzte  
*begleitet von:* Simon Stettler, Fürsprecher Rechtsdienst FMH
  - Christoph Schaltegger, stv. Leiter Finanzen, Steuern & Infrastrukturen, economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
  - Philip Robinson, Ernst & Young AG
  - Monika Dusong, Fédération Romande des consommateurs FRC
  - Martin Schwab, CFO Selecta Group, Selecta Management AG
  - Christoph Juen, CEO hotelleriesuisse - der Unternehmerverband der Schweizer Hotellerie
  - Christoph Degen, Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (proFonds)
  - Thomas Sprecher, Stiftungsrat Zuger Kulturstiftung Landis und Gyr (Gründungsmitglied von SwissFoundations); Stiftungspräsident Fondation des Fondateurs
  - Marc-André Giger, lic. rer pol., CEO Swiss Olympic
- 24. November 2008  
Finanzmarktkrise – Anhörung mit
- Thomas Jordan, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank
  - Pierin Vincenz, Vorsitzender der Geschäftsleitung (CEO), Raiffeisen Schweiz, Raiffeisenplatz, 9001 St. Gallen
  - Peter Kurer, Präsident des Verwaltungsrates UBS AG
  - Michel Y. Dérobert, Geschäftsführer, Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers
- 12. Januar 2009  
Besuch einer Delegation des luxemburgischen Parlamentes bestehend aus Vertretern der Budget- und Finanzkommission mit Gesprächen zu den Themen Bankgeheimnis, die Schweiz und die EU, Beziehungen Schweiz-Luxemburg im Bankensektor, Finanz- und Wirtschaftskrise
- 10. Februar 2009  
Finanzmarktkrise - Diskussion mit
- Philipp Hildebrand, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank
  - Peter Kurer, Präsident UBS
  - Guery Bruederlin, Personalchef UBS
- 19. Februar 2009  
Teilnahme von Mitgliedern beider WAK am OECD-Seminar in Paris: high-level parliamentary seminar on the global financial and economic crisis
- 23. Juni 2009  
Arbeitslosenversicherungsgesetz. 4. Revision 08.062 – Anhörung mit

- Regierungsrat Pierre-Yves Maillard (VD), Mitglied des Vorstandes der Konferenz der Kantonalen Sozialdirektoren, SODK, Département de la santé et de l'action sociale
  - Roland A. Müller, Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen Schweizerischer Arbeitgeberverband
  - Kurt Gfeller, Vizedirektor, Schweizerischer Gewerbeverband sgv,
  - Daniel Lampart, Schweizerischer Gewerkschaftsbund
  - Hans Läubli, Geschäftsleiter, Suisseculture
- 6. Oktober 2009  
Ausgewogeneres und wirksameres Sanktionssystem für das Schweizer Kartellrecht Mo. SR 07.3856 und Existenzgefährdung infolge von Kartellbussen verhindern pa.lv. Kaufmann 08.443 – Anhörung mit
- Roger Zäch, Lehrstuhl für Privat-, Wirtschafts- und Europarecht Universität Zürich
  - Karl Hofstetter, Group General Counsel, Professor Universität Zürich, und Member of the Board of Directors Schindler Holding
  - Philipp Zurkinden, Partner Prager Dreifuss Attorneys at Law, Bern
  - Andreas Mundt, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen des Kartellrechts, Bundeskartellamt, Bonn
- 26. Oktober 2009  
Besuch bei  
Interstaatliche Hochschule für Technik in Buchs  
Pago AG, Grabs
- 23. November 2009  
Eine Delegation von Mitgliedern der beiden WAK hat anfangs Wintersession 2009 eine Delegation von Vertretern der entsprechenden Kommission des vietnamesischen Parlamentes empfangen.
- 18./19. Februar 2010  
09.074n Bauspar-Initiative sowie Eigene vier Wände dank Bausparen.  
Volksinitiativen
- Regierungsrat Adrian Ballmer, Vizepräsident Schweizerische Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB)
  - Hansrudolf Gysin, Präsident Hauseigentümergeverband Schweiz, Präsident SGFB
  - Rudolf Steiner, Präsident Hauseigentümergeverband (HEV) Schweiz
  - Ansgar Gmür, Direktor HEV Schweiz
- 30./31. August 2010  
09.086n Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage
- Silvia Huber, CEO Domaco Dr. med. Aufdermaur AG
  - Mathieu Fleury, secrétaire général de la Fédération romande des consommateurs (FRC)
  - Jürg Maurer, IG Detailhandel Schweiz, Stv. Leiter Wirtschaftspolitik, Migros-Genossenschafts-Bund
- 1./2. November 2010  
10.040n Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes. Bundesgesetz

- Regierungsrat Andreas Rickenbacher, BE, Präsident der Regierungskonferenz der Feuerwehr Koordination Schweiz (FKS)
  - Beat Müller, Generalsekretär der FKS
- 1./2. November 2010  
WAK-CER-10-15 Bericht der Expertenkommission "Too big to fail"
- Peter Siegenthaler, Präsident
  - Thomas Jordan, Vizepräsident (Vizepräsident des Direktoriums SNB)
  - Patrick Raaflaub, Vizepräsident (Direktor der FINMA)
- 22./23. November 2010  
WAK-CER-10-25 Starker Franken, Folgen für die schweizerische Volkswirtschaft
- Philipp Hildebrand, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank
- 22./23. November 2010  
10.057n 6 Wochen Ferien für alle. Volksinitiative  
10.455n Pa. Iv. Leutenegger Oberholzer. Mindestens fünf Wochen Ferien für alle  
10.464n Pa. Iv. Leuenberger-Genève. Erhöhung des Ferienanspruchs  
10.472n Pa. Iv. de Buman. Mindestens fünf Wochen Ferien für Personen über 50
- Martin Flügel, Präsident Travail.Suisse und Vertreter des Initiativkomitees
  - Susanne Blank, Leiterin Wirtschaftspolitik Travail.Suisse und Vertreterin des - Initiativkomitees
  - Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes
  - Jean Christophe Schwaab, Zentralsekretär SGB, Schweizerischer Gewerkschaftsbund,
  - Jean Parrat, Hygiéniste du travail au service des arts, des métiers et du travail, Canton du Jura
  - Franz Schultheis, Prof. Soziologisches Seminar, Universität St. Gallen
  - Norbert K. Semmer, Prof. Institut für Psychologie, Universität Bern
- 14./ 15. Februar 2011  
WAK-CER-10-25 Starker Franken, Folgen für die schweizerische Volkswirtschaft
- Thomas Jordan, Vizepräsident des Direktoriums der Nationalbank
  - Rudolf Minsch, Chefökonom, Economiesuisse, Zürich
  - Daniel Lampart, Chefökonom Schweizerischer Gewerkschaftsbund
  - Hans Hess, Präsident Swissmem
  - Jean-Philippe Kohl Vizedirektor, Swissmem
  - Jürg Schmid, Direktor Schweiz Tourismus
- 21./ 22. März 2011  
11.019n Standortförderung 2012-2015  
WAK-CER-10-20 Strategie für den schweizerischen Tourismus (08.3969 Darbellay)
- Staatsratspräsident Jean-Michel Cina, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Wallis, Präsident VDK sowie Vorstandsmitglied Schweiz Tourismus

- Regierungsrat Ernst Stocker, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich und Präsident Stiftungsrat Greater Zurich Area
  - Christoph Niederberger, Generalsekretär VDK und Sekretär der Arbeitsgruppe Landesmarketing
  - Marc Kaufmann, Mitglied der Geschäftsleitung Hotelleriesuisse
  - Patrick Bérod, directeur Association hôtelière du Valais, Sion
  - Pierre-André Pannatier président Association hôtelière du Valais, Sion
  - Peder Plaz, Mitglied der Geschäftsleitung, BHP – Hanser und Partner AG Zürich
- 21./22. März 2011  
WAK-CER-11-04 Strategie des Bundesrates im Bereich der Amtshilfe
- Kurt Arnold, Dr. oec. HSG, ehem. Leiter Steuerabteilung Credit Suisse
  - Peter Baumgartner, Direktor SwissHoldings, Bern
  - Michel Dérobert, Generalsekretär der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers, Genf
  - Urs Kapalle, Mitglied der Direktion, Schweizerische Bankiervereinigung, Basel
  - Stephan Neidhardt, Rechtsanwalt und Steuerexperte, Walder Wyss AG
  - Robert Waldburger, Professor für Steuerrecht, Universität St. Gallen
- 18./19. April 2011  
10.060s Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative  
08.527n Pa. Iv. Riklin Kathy. Abschaffung des Schuldzinsenabzuges und des Eigenmietwertes auf selbstgenutztem Wohneigentum  
11.401s Pa. Iv. WAK-SR. Objektsteuer auf Zweitliegenschaften. Volksinitiative
- Jan-Egbert Sturm, Direktor KOF, Zürich
  - Christian Wanner, Präsident der Finanzdirektorenkonferenz FDK, Vorsteher Finanzdepartement Solothurn
  - Martin Schmid, Regierungspräsident, Vorsteher Departement für Finanzen und Gemeinden, Chur
  - Ulrich Cavelti, Rechtsberater der FDK, Präsident des Verwaltungsgerichts, St. Gallen
  - Andreas Huber, Sekretär FDK
  - Martin Loosli, Leiter Produktmanagement Finanzierungen bei der Zürcher Kantonalbank als Vertreter Verband Schweizerischer Kantonalbanken
  - Andreas Zingg, Leiter der Fachstelle Grosskunden und Partner von Swiss Life Schweiz, Leiter der Arbeitsgruppe „Eigenmietwertbesteuerung“ des SVV
  - Martin Fehle, Vizedirektor, Leiter Politik und Kommunikation, Schweizerischer Baumeisterverband, Zürich
  - Michael Töngi, Mieterverband Zentralsekretariat Deutschschweiz, Zürich
  - Monika Sommer, stellvertretende Direktorin, HEV Schweiz, Zürich
- 04./05. Juli 2011  
11.028s Bankengesetz. Änderung (too big to fail)
- Thomas Jordan, Vizepräsident des Direktoriums der SNB
  - Dorothe Bonjour, Senior Economist, Finanzstabilität – Systemrelevante Banken, SNB
  - Patrick Raaflaub, Direktor FINMA

- Eva Hüpkes, Adviser on Regulatory Policy and Cooperation, Financial Stability Board
  - Kaspar Villiger, Präsident Verwaltungsrat, UBS AG
  - Tobias Guldemann, Group Chief Risk Officer, Credit Suisse AG
- 10. Oktober 2011  
11.044 Steueramtshilfegesetz  
10.449n Pa. Iv. Fraktion RL. Schutz der Privatsphäre. Kein automatischer Informationsaustausch  
10.450n Pa. Iv. Fraktion RL. Den Verkauf von Bankkundendaten hart bestrafen
- Ulrich Cavelti, Rechtsberater der FDK, Präsident des Verwaltungsgerichts St. Gallen
- 07./08. November 2011  
11.047n Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Änderung (Belebung des schweizerischen Kapitalmarktes)
- Urs Kapalle, Leiter Finanzpolitik und Steuern, Schweizerische Bankiervereinigung
  - Philipp Dömer, Head of Tax, Credit Suisse, Schweizerische Bankiervereinigung
  - Landammann Christian Wanner, Präsident Finanzdirektorenkonferenz
  - Andreas Huber, Sekretär Finanzdirektorenkonferenz

***Subkommission Nachrichtenlose Vermögenswerte (10.049 Vorlage 3 und 11.013)***

- 07. Juli 2011  
10.049s Bundesgesetz über Banken und Sparkassen. Nachrichtenlose Vermögen – Vorlage 3
- Luc Thévenoz, Faculté de droit, Université de Genève, Präsident der Expertenkommission von 2004
  - Urs Zulauf, Leiter Geschäftsbereich Strategische Grundlagen und zentrale Dienste, Finma
  - Hanspeter Häni, Schweizerischer Bankenombudsmann
  - Georg Zoller, Leiter Abteilung Nachrichtenlose Vermögenswerte, UBS AG
  - Christoph Winzeler, Schweizerische Bankiervereinigung

- ***Konsultationen beim Erlass von Verordnungen gemäss Art. 151 ParlG***

- Verordnung zum FINMAG – Konsultation
- Eidgenössische Münzstätte Swissmint 2012-2015 - Leistungsauftrag
- Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) 2012-2015 -Leistungsauftrag
- Agroscope (landwirtschaftliche Forschungsanstalten) 2012-2013 - Leistungsauftrag
- Verordnung über die Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen (ADV) - Konsultation

- Verordnung zur Mehrwertsteuer - Konsultation
- Neues Kreisschreiben zur steuerlichen Behandlung von Private Equity- und Hedge-Fonds-Verwaltern
- ***Konsultationen im Rahmen der Mitwirkung des Parlamentes an der Aussenpolitik gemäss Art. 152 ParlG***
- Bundesratsmandate zu Verhandlungen im Steuerbereich mit Deutschland und Grossbritannien
- Amtshilfeabkommen vom 19. August 2009 zwischen der Schweiz und den USA
- Verhandlungsmandat Agrarfreihandelsabkommen mit der EU – Konsultation  
Verhandlungsmandat Anpassung WTO – Konsultation
- ***Koordination mit andern Kommissionen***
- 2. Stufe konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen 09.013 – Mitbericht an die FK-N - Vorlagen A, B, C
- Aktien- und Rechnungslegungsrecht 08.011 – Mitbericht an die RK-N
- 09.086n Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage – Mitbericht an RK-N

### **3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen**

#### **31 Präsidium**

- Präsidentin Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Hildegard Fässler
- Präsident Frühjahrssession 2010 – Wintersession 2011: Hansruedi Wandfluh

#### **32 Mitglieder der Kommission**

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Fässler, Wandfluh, Baader Caspar, Bischof, Darbellay, de Buman, Favre Charles, Fehr Hans-Jürg, Flückiger, Hassler, Kaufmann, Leutenegger Oberholzer, Meier-Schatz, Müller Philipp, Rechsteiner Paul, Rennwald, Rime, Schelbert, Schneider, Spuhler, Theiler, Thorens Goumaz, Walter, Zemp, Zisyadis
- neue Mitglieder seit der Wintersession 2007: Pelli ab Frühjahrssession 2009, Noser anstelle von Schneider (zum Bundesrat gewählt) ab Januar 2011

#### **33 Subkommissionen**



Die Kommission setzte zur Behandlung der Botschaft zum Geschäft 10.049 (Vorlage 3; Nachrichtenlose Vermögenswerte) und des Berichts des Bundesrates über die Abschreibung hängiger Vorstösse zu den nachrichtenlosen Vermögenswerten eine Subkommission ein.

Die Subkommission hat zweimal getagt (7,75 Sitzungsstunden).

## **4 Zeitaufwand der Kommission**

### **4.1 Kommission**

Die insgesamt 35 Sitzungen haben 63,5 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 423 Stunden (fast 6,65 Stunden pro Sitzungstag). Für die Beratung der dringlichen Botschaften des Bundesrates zur Finanzkrise (08.076, 09.013, 10.038, 10.050) mussten drei zusätzliche Sitzungen einberufen werden.

Während den Sessionen fanden insgesamt 29 Sitzungen statt. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 31,5 Stunden.

Fazit: Die Kommission hat in dieser Legislaturperiode 454,5 Stunden getagt.

## **5 Ausblick**

Wichtige Themen in der ersten Hälfte der 49. Legislaturperiode (2011 – 2015) im Zuständigkeitsbereich der WAK-N (nach heutigem Kenntnisstand):

- 05.058s Vorlage 3 - Quasi-Wertschriftenhandel
- 08.053n Revision der Mehrwertsteuer, Vereinfachung, Vorlage B – Einheitssatz
- 08.053 Revision der Mehrwertsteuer, Vorlage 4: MWST für Hotelleriebereich
- 10.060s Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative
- 11.043 Pauschalbesteuerung
- 11.047n Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Änderung (Belebung des schweizerischen Kapitalmarktes)
- 11.057n Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevision
- Revision des Kartellgesetzes
- Doppelbesteuerungsabkommen (darunter die Abkommen mit Grossbritannien, Deutschland und den USA)
- Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
- Totalrevision des Alkoholgesetzes
- Ehegattenbesteuerung
- Ökosteuer
- Revision des Kollektivanlagengesetzes
- Finanzierung der Landwirtschaftspolitik (2014-2017)